Tagesordnung der 5. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klima, Verkehr und Strukturwandel

Donnerstag, 18.11.2021, 18:00 Uhr

im Großen Sitzungssaal im Kreishaus Heinsberg

Öffentlicher Teil

1. Vorstellung der Ausführungsplanung zum Ausbau der Kreisstraße 26 (K 26) in der Ortslage Millich

2. Gesamtregionales Radverkehrskonzept für das Rheinische Revier im Kreis Heinsberg

3. MultiBus: Erweiterung der Bedienzeiten ab Fahrplan 2022

4. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gem. § 5 GeschO betr. "Klimaschutz im Kreis Heinsberg - Wie können wir bis zum Jahr 2045 klimaneutral werden?"

5. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gem. § 5 GeschO betr. "Aufbau eines Mehrwegsystems für eine nachhaltige Kreis(-lauf)wirtschaft"

6. Antrag der SPD-Fraktion gem. § 5 GeschO betr. "Wasserversorgung im Kreis Heinsberg"

7. Bericht der Verwaltung

8. Anfragen

Nichtöffentlicher Teil

9. Tausch von landwirtschaftlichem Grundbesitz in den Gemarkungen Effeld, Haaren und Kirchhoven für naturschutzfachliche Zwecke

10. Vergabe eines Auftrages über die Lieferung eines Streckenwartfahrzeugs für den Kreisbauhof in Heinsberg-Scheifendahl

11. Bericht der Verwaltung

12. Anfragen

Sitzung: öffentlich Vorlage: 0208/2021

Vorstellung der Ausführungsplanung zum Ausbau der Kreisstraße 26 (K 26) in der Ortslage Millich

Beratungsfolge:	
18.11.2021	Ausschuss für Umwelt, Klima, Verkehr und Strukturwandel

Finanzielle Auswirkungen:	nein

Leitbildrelevanz:	7

Inklusionsrelevanz:	ja

Die K 26 verläuft von der L 117 in Hückelhoven-Millich über Kleingladbach bis zur L 364 in Erkelenz-Golkrath. Die Straße weist im Bereich der Ortslage Millich, Schaufenberger Straße bis zur Jacobastraße/Kantinenberg ein umfangreiches Schadensbild auf. Es zeigen sich u. a. eine Vielzahl von größeren Netzrissen, Kornausbrüchen, Absackungen, Flickstellen sowie eingefallene Straßenabläufe. Gleichzeitig ist auf Kosten der Stadt Hückelhoven der Neubau eines Teilbereichs des Gehweges erforderlich. Außerdem sind die in diesem Abschnitt in der Fahrbahn liegenden Schmutz- und Regenwasserkanäle durch die Stadt Hückelhoven zu erneuern. Aus Gründen von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit sowie aus bautechnischen Gründen wird die K 26 in der Ortslage Millich als gemeinschaftliche Maßnahme von der Stadt Hückelhoven und dem Kreis Heinsberg ausgebaut. Die Gesamtbaumaßnahme umfasst folgende Arbeiten:

a) den Vollausbau der K 26 von Stat.-km 0,070 bis Stat.-km 0,480,

b) die Erneuerung der Deck- und Binderschichten der K 26 von Stat.-km 0,005 bis Stat.-km 0,070, von Stat.-km 0,480 bis Stat.-km 0,630 sowie von Stat.-km 0,765 bis Stat.-km 0,940,

c) den behindertengerechten Umbau der Querungshilfen, der Fußgängerquerungen an einmündenden Straßen (allseitig) sowie den angrenzenden Bushaltestellen bei Stat.-km 0,190 und bei Stat.-km 0,600,

d) das Umklemmen der Straßenabläufe vom Millicher Bach auf den Schmutzwasserkanal von Stat.-km 0,005 bis Stat.-km 0,940 sowie deren Erneuerung

e) der Neubau des linksseitigen Gehweges von Stat.-km 0,070 bis Stat.-km 0,550,

f) die Erneuerung des städtischen Schmutzwasserkanals in der K 26 von Stat.-km -0,000 bis Stat.-km 0,630 und von Stat.-km 0,765 bis Stat.-km 0,908 sowie des städtischen Regenwasserkanals von Stat.-km 0,090 bis Stat.-km 0,630.

Zur Lage der Ausbau- und Sanierungsstrecke ist der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klima, Verkehr und Strukturwandel als Anlage ein Übersichtsplan beigefügt.

Seit Anfang des Jahres 2021 wird die K 26/Schaufenberger Straße für den Neubau des Brückenbauwerks Landesstraße 117 n/K 26 sowie für die Verlegung einer Straßeneinmündung voll gesperrt. Die Sperrung wird voraussichtlich noch ca. 1 Jahr andauern. In Abstimmung mit der Stadt Hückelhoven soll innerhalb dieser Sperrzeit abschnittsweise mit der Erneuerung der weitestgehend in der Fahrbahn liegenden Schmutz- und Regenwasserkanäle begonnen

werden, um so die Beeinträchtigungen der Straßenanlieger auf das notwendigste Maß zu reduzieren. Die Fahrbahnerneuerung soll unmittelbar nach Fertigstellung der Kanalabschnitte erfolgen. Da der Bauablauf für Kanal- und Straßenbauarbeiten miteinander koordiniert werden muss, sind die Leistungen (Kanalbau und Straßenbau) gemeinsam auszuschreiben und an den Bieter mit dem insgesamt wirtschaftlich günstigsten Angebot zu vergeben. Hierdurch wird neben einer Bauzeitverkürzung sowie einem reibungsloseren Bauablauf auch ein vorteilhafteres Ausschreibungsergebnis erwartet.

Damit mit den Kanalbauarbeiten Anfang 2022 begonnen werden kann, ist es erforderlich, den Auftrag für die Straßen- und Kanalbauarbeiten noch im Jahr 2021 zu vergeben. Eine Auftragsvergabe bedarf der zustimmenden Entscheidung des Ausschusses für Umwelt, Klima, Verkehr und Strukturwandel. Die nächste Ausschusssitzung wird allerdings erst im Jahr 2022 stattfinden. Aus diesem Grund wird es erforderlich sein, im Wege der Dringlichkeit gemäß § 50 Abs. 3 Kreisordnung NRW über die Auftragserteilung zu entscheiden.

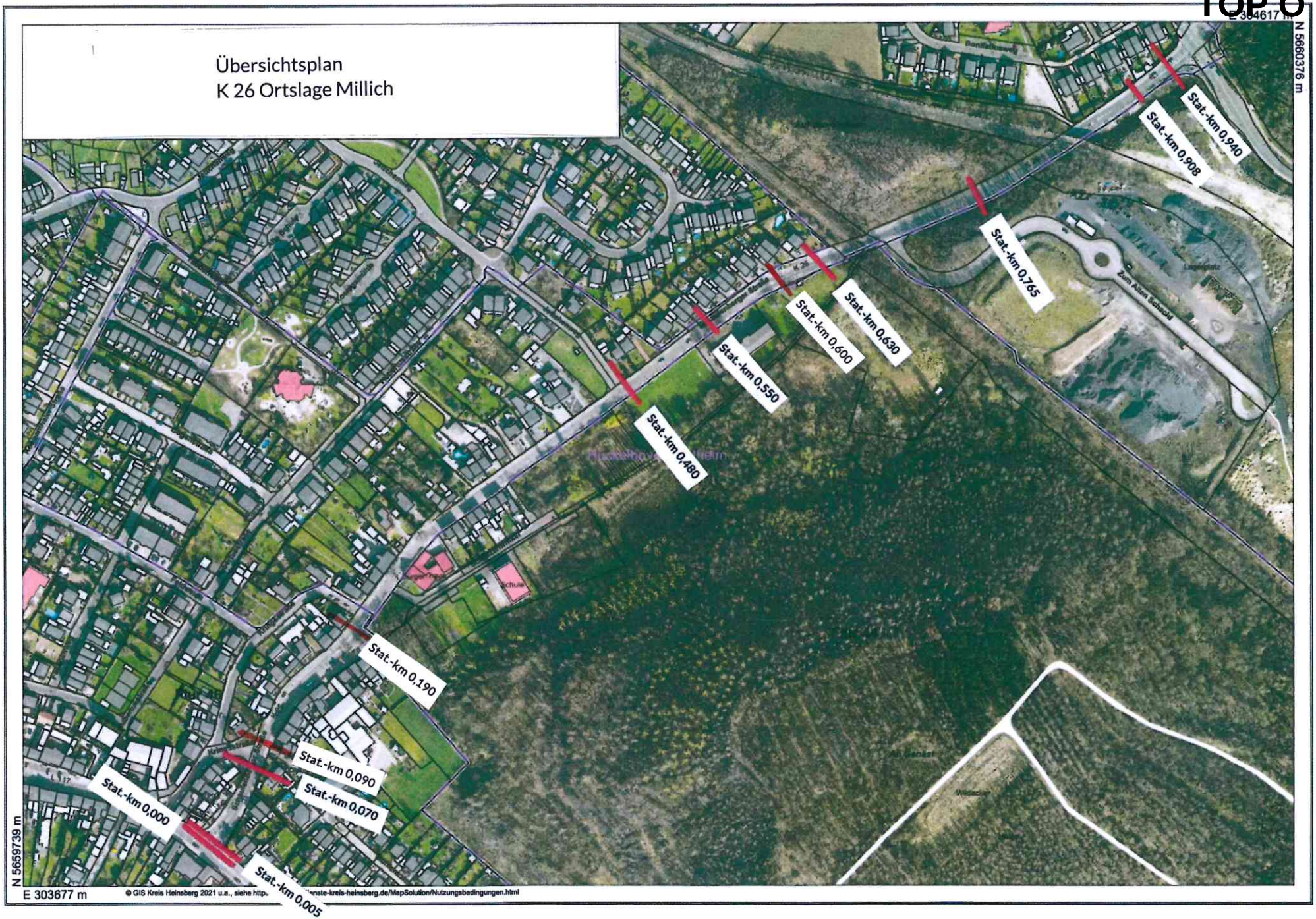
Die von der Verwaltung vorkalkulierten Kosten der Maßnahme liegen bei rd. 1.000.000,00 € brutto.

Die für die Beauftragung erforderlichen Haushaltsmittel stehen im diesjährigen Kreishaushalt bei Abrechnungsobjekt I-1201-040 und als Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 2022 zur Verfügung.

Zur Finanzierung der Straßenbaumaßnahme hat der Kreis Zuwendungen des Landes NRW gemäß den Förderrichtlinien kommunaler Straßenbau (FöRi-kom-Stra) in Höhe von 75 v. H. der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben beantragt. Am 14.09.2021 wurde ein Antrag auf Zulassung des vorzeitigen zuwendungsunschädlichen Baubeginns gestellt, der bereits am 23.09.2021 positiv beschieden wurde.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt, Klima, Verkehr und Strukturwandel nimmt die Ausführungsplanung zum Ausbau der K 26 in der Ortslage Millich zur Kenntnis.


Übersichtsplan
K 26 Ortslage Millich
E 304617 m
N 5660376 m
N 5659739 m
E 303677 m
Stat.-km 0,000
Stat.-km 0,005
Stat.-km 0,070
Stat.-km 0,090
Stat.-km 0,190
Stat.-km 0,480
Stat.-km 0,550
Stat.-km 0,600
Stat.-km 0,630
Stat.-km 0,765
Stat.-km 0,908
Stat.-km 0,940
Zum Alten Schacht
© GIS Kreis Heinsberg 2021 u.a., siehe http.
enste-kreis-heinsberg.de/MapSolution/Nutzungsbedingungen.html

Sitzung: öffentlich Vorlage: 0224/2021

Gesamtregionales Radverkehrskonzept für das Rheinische Revier im Kreis Heinsberg

Beratungsfolge:	
18.11.2021	Ausschuss für Umwelt, Klima, Verkehr und Strukturwandel

Finanzielle Auswirkungen:	ja

Leitbildrelevanz:	7

Inklusionsrelevanz:	ja

Das gesamtregionale Radverkehrsnetz für das Rheinische Revier soll als ein wesentlicher Bestandteil eines multimodalen Mobilitätskonzeptes erarbeitet werden. Eine kommunen- und kreisübergreifende Radverkehrsnetzplanung ist im Rheinischen Braunkohlerevier bisher nahezu ausschließlich auf einzelne touristische Fernradwege mit thematischen Schwerpunkten beschränkt. Mit der zunehmenden Bedeutung des Radverkehrs im Alltag, auch über mittlere Entfernungen, wird eine über Kreisgrenzen hinausgehende und eng verzahnte Radverkehrsnetzplanung notwendig. Nur so kann ein systematischer und abgestimmter Ausbau des regionalen Radverkehrs im Rheinischen Revier effizient und anhand der wichtigen regionalen Achsen gesteuert werden. Dabei sollte der Radverkehr nicht nur für sich, sondern auch im Zusammenhang mit den anderen Verkehrsmitteln betrachtet werden.

Die Kreise Düren, Euskirchen, Heinsberg, Rhein-Erft-Kreis, Rhein-Kreis-Neuss sowie die kreisfreie Stadt Mönchengladbach und die StädteRegion Aachen haben sich im Herbst 2019 gemeinsam dieses Themas angenommen und eine Förderung beantragt. Das Projekt wird vom Zweckverband LANDFOLGE Garzweiler koordiniert und durch ein Fachplanungsbüro unterstützt. Dabei soll auch ein Innovationstransfer aus (inter-) nationalen Best-Practice-Beispielen stattfinden, um das Rheinische Revier zu einer Modellregion für zukunftsfähigen, innovativen und bedarfsorientierten Radverkehr aufzubauen. Im Rahmen des Projektes wird ein Netzwerk zum Thema Radverkehr im Rheinischen Revier aufgebaut. Die projektbegleitende Internetseite ist unter www.radverkehrsrevier.de zu finden.

Das Radverkehrskonzept wird im Rahmen des vorausschauenden Strukturwandels der Zukunftsagentur Rheinisches Revier (ZRR) durch das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) über das Bundesamt für Güterverkehr in Köln vom Team Radverkehrsförderung gefördert bis zum Jahresende 2021.

Folgende Ziele werden in der Netzplanung des zu entwickelnden gesamtregionalen Radverkehrskonzeptes sowohl durch den Ausbau der bisherigen Infrastrukturen als auch durch Neubau von derzeit fehlenden Verbindungen oder Netzlücken verfolgt:

- Stärkung des Radverkehrs im Rheinischen Revier zur Entlastung der bestehenden Netze, die heute schon an ihre Kapazitätsgrenzen gelangen
- Verbesserung der Verkehrsbeziehungen zwischen den Oberzentren und Anschlüsse an die Oberzentren des Reviers sowie die Anbindungen an die (Radverkehrs-) Infrastrukturen der benachbarten Regionen.
- Verknüpfung des Radverkehrs mit anderen Verkehrsträgern

- Anbindung neu entstandener bzw. geplanter Standorte für Wohnen, Gewerbe, Freizeit, unter anderem auf rekultivierten Flächen, an bestehende Netze

Bei der Planung und dem Ausbau eines Radverkehrsnetzes für Alltagsverkehre mit Elementen von Radschnellverbindungen / Radschnellwegen und Radvorrangrouten werden Synergien zu den vorhandenen Freizeitrouten angestrebt. Das Projekt wird die aktuellen Standards der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV) und des Landes NRW im Radverkehr übernehmen, aber auch ggf. innovative Ansätze als potenzielle Grundlage für zukünftige Standards aufzeigen.

In der Sitzung wird Herr Dick die Projektplanungen für den Bereich des Kreises Heinsberg vorstellen, die mit den Städten und Gemeinden des Kreises Heinsberg abgestimmt wurden. Einige Kommunen planen auch schon eigene Radverkehrskonzepte, teils durch Fachbüros unterstützt, in ihren Gemeindebereichen. Diese sind nun mit dem (über)regionalen Netzgedanken verknüpft worden.

Maßnahmen zum Ausbau der Radwegeinfrastruktur haben eine positive Klimarelevanz, da diese geeignet sind, den Radverkehrsanteil am Gesamtverkehr deutlich zu steigern und somit nachhaltig zur Reduktion des CO2-Ausstoßes beitragen.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt, Klima, Verkehr und Strukturwandel nimmt die mit den Kreiskommunen abgestimmte Netzplanung im ZRR-Projekt „Gesamtregionales Radverkehrskonzept für das Rheinische Revier“ zustimmend zur Kenntnis und spricht sich für die Weiterführung des Projektes zur konzeptionellen Umsetzung der Maßnahmen durch die beteiligten Baulastträger sowie zum weiteren Auf- und Ausbau eines revierweiten Netzwerks zum Thema Radverkehr aus.

Sitzung: öffentlich Vorlage: 0227/2021

MultiBus: Erweiterung der Bedienzeiten ab Fahrplan 2022

Beratungsfolge:	
18.11.2021	Ausschuss für Umwelt, Klima, Verkehr und Strukturwandel

Finanzielle Auswirkungen:	ja

Leitbildrelevanz:	7

Inklusionsrelevanz:	ja

Der Ausschuss für Umwelt, Klima, Verkehr und Strukturwandel hat in der Sitzung am 11.07.2019 eine Erweiterung der Bedienzeiten des MultiBus-Systems zum Fahrplan 2020 unter TOP 2 beschlossen.

Diese Erweiterung -insbesondere in den späten Abendstunden- wurde zum Fahrplanwechsel 2020 umgesetzt, jedoch auf Grund der Corona-Pandemie und der damit weitreichenden Vorsichtsmaßnahmen auch im ÖPNV in Absprache mit der Verwaltung im Sommer 2020 auf 0:00 Uhr begrenzt.

Mit Auslaufen der Maßnahmen rund um die pandemische Lage wird derzeit davon ausgegangen, die Bedienzeiten zum Fahrplanwechsel wieder wie beschlossen umsetzen zu können. Auf Grund diverser Anfragen zu frühen MultiBus-Fahrten an Sonntagen bzw. auch an Feiertagen schlägt die WestVerkehr GmbH vor, die Bedienzeiten kreisweit von aktuell 9:00 Uhr auf 7:30 Uhr an Sonn-/Feiertagen zum anstehenden Fahrplanwechsel vorzuziehen. Für die Erweiterung werden Kosten in Höhe von 10.000 Euro/Jahr veranschlagt.

Jegliche Maßnahmen im Rahmen der Stärkung des Öffentlichen Personennahverkehrs haben eine positive Klimarelevanz, da sie die Nachfrage steigern und somit nachhaltig zur Reduktion des CO2-Ausstoßes beitragen.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt, Klima, Verkehr und Strukturwandel beschließt die Erweiterung der Bedienzeiten des MultiBusses im Kreis Heinsberg an Sonntagen und Feiertagen ab 7:30 Uhr zum Fahrplan 2022.

Sitzung: öffentlich Vorlage: 0187/2021

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gem. § 5 GeschO betr. "Klimaschutz im Kreis Heinsberg - Wie können wir bis zum Jahr 2045 klimaneutral werden?"

Beratungsfolge:	
14.09.2021	Kreistag
18.11.2021	Ausschuss für Umwelt, Klima, Verkehr und Strukturwandel

Es wird auf den als Anlage der Einladung zur Sitzung des Kreistages beigefügten Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betr. "Klimaschutz im Kreis Heinsberg - Wie können wir bis zum Jahr 2045 klimaneutral werden?" vom 31.08.2021 verwiesen.

In der Sitzung des Kreistages weist die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf die Dringlichkeit zur Einrichtung einer Klimakommission bzw. zur Erarbeitung von weiteren Maßnahmen für den Klimaschutz hin. Um die Klimaschutzziele zu erreichen, müsse ein neues Expertengremium zügig Schritte einleiten, um die CO2-Emissionen zu reduzieren. Gleichwohl sei der Zeitdruck nicht ganz akut, da der Haushaltsentwurf für das Jahr 2022 erst später in den Kreistag eingebracht wird als ursprünglich angenommen. Haushaltsmittel für Klimaschutz-Maßnahmen sollen hierbei eingeplant werden. Den Antrag könne man in den Fachausschuss verschieben.

Die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion wünschen sich die Zurückziehung des Antrages, da man mit dem Projekt „Global Nachhaltige Kommune in NRW“ bereits eine Kommission auf Kreisebene habe, die Handlungsstrategien erarbeite. Die 1. Sitzung dieser Steuerungsgruppe, die aus Vertretern von Politik, Wissenschaft, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Verwaltung besteht, habe am 13.09.2021 bereits konkrete Handlungsbedarfe ermittelt. Dieses Gremium decke darüber hinaus mehr als nur den Bereich Umwelt bzw. Klimaschutz ab, sondern auch die Säulen Wirtschaft sowie Soziales. Ferner werden auch die Klimaschutzmanagerin, das Klimaschutzkonzept und die Kreisklimakonferenz positiv hervorgehoben.

Landrat Pusch weist darauf hin, dass verschiedene Akteure auch bei der Erstellung und Umsetzung des integrierten Energie- und Klimaschutzkonzeptes eingebunden wurden bzw. werden. Im Bereich Wasserstoff werden entsprechende Netzwerke aufgebaut. Insbesondere weist er aber nochmal auf „Global Nachhaltige Kommune NRW“ hin, wo bereits gute Arbeit geleistet werde. Ein Parallelgremium sei nicht unbedingt erstrebenswert.

Landrat Pusch erzielt nach der Diskussion im Kreistag Einvernehmen bei den Fraktionen, den Antrag in die nächste Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klima, Verkehr und Strukturwandel zu vertagen.

TOP Ö 4

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN im Kreis Heinsberg

Kreistagsfraktion
Valkenburger Straße 45
52525 Heinsberg
Tel. 02452/131730
Fax 02452/131735

Gruene-Fraktion@Kreis-Heinsberg.de
www.gruene-kv-heinsberg.de

Herrn Landrat
Stephan Pusch

im Hause

31.8. 21

Fraktionen im Kreistag z. K.

Antrag nach § 5 GeschO zur Beratung im Kreistag am 14.9.21
„Klimaschutz im Kreis Heinsberg"- Wie können wir bis zum Jahr 2045 klimaneutral werden?"

Sehr geehrter Herr Pusch,

in der Kreistagssitzung am 14.9.21 bitten wir Folgendes zu beraten und zu beschließen:
Die Verwaltung wird beauftragt, eine Klimaschutzkommission beim Kreis Heinsberg einzurichten und hierfür gemeinsam mit den Fraktionen geeignete Fachleute aus Wissenschaft, Gesellschaft, Verbänden und Modellkommunen vorzuschlagen.
In der Kommission wird Expertise zum Klimaschutz auf Kreisebene gebündelt und werden Vorschläge für Beschlüsse gelegt.
Analog zu den Enquete-Kommissionen im Landtag oder Bundestag werden in gleicher Anzahl Expertinnen und Experten sowie Mitglieder aus allen Fraktionen berufen, um zu fraktions-übergreifenden Beschlussvorlagen zu kommen.

Begründung:
Die tagespolitische Debatte ist nicht zuletzt durch die besorgniserregenden Ergebnisse des Weltklimarates (IPCC) bestimmt, der am 09. August seinen 6. Sachstandsbericht vorgelegt hat und dabei zu folgenden Ergebnissen kommt:
Der Klimawandel ist real, er ist menschengemacht und er schreitet schneller voran als befürchtet. Hochwasser und Hitzewellen, die wir bislang eher als seltene Wetterextreme eingestuft haben, werden zur neuen Normalität.
Die Erderwärmung verschont keine Region, eine Tatsache, die auch wir im Kreis Heinsberg schmerzhaft erleben mussten.
Die Botschaft des Weltklimarates ist eine klare Ansage an die Staatengemeinschaft, an die Politik vor Ort und ein Handlungsauftrag für uns alle, die Emissionen schnellstens herunterzufahren.
Aktuelle Probleme wie die jüngste Flutkatastrophe erfordern kurzfristiges Handeln und Hilfestellung in der Not. Längerfristige Veränderungen, die an den strukturellen Ursachen ansetzen, werden in den Hintergrund gedrängt. Deshalb braucht es einen politischen Raum, in dem eine differenzierte Analyse und tragfähige Lösungsvorschläge für die Zukunft erarbeitet werden können.
Dabei erweist sich ganzheitlicher Klimaschutz als Querschnittsaufgabe, die nicht nur in die Zuständigkeit des Ausschusses für Umwelt, Klima, Verkehr und Strukturwandel fällt. Auch herrscht z.T. Unsicherheit bei der Abschätzung der verursachten Emissionen. Daher besteht die Notwendigkeit, das Klimaschutzkonzept beständig weiter zu entwickeln und zu ergänzen.

Vor diesem Hintergrund regen wir die Einsetzung einer interdisziplinären Kommission von Fachleuten an, die sich aus Sicht ihrer jeweiligen Fachdisziplin mit dem Thema Klimawandel beschäftigt und gemeinsam praktische Lösungsansätze und Handlungsstrategien in Form von

konkreten Szenarien entwickelt. Im Fokus stehen dabei alle klimawirksamen Bereiche, z.B. Energie, Mobilität, Umwelt, Konsum, Landwirtschaft etc. Ein Ausgangspunkt der Fachkommission wäre u.a. das Klimaschutzkonzept des Kreises Heinsberg, das ergänzt und weiter fortgeschrieben werden muss. Unterstützt wird die Kommission durch die Verwaltung und die Klimaschutzmanagerin.

Mit freundlichen Grüßen

J. v. d. Dolder

Dr. R. Seidl

Jörg van den Dolder
Fraktionsvorsitzender

Dr. Ruth Seidl
Kreistagsabgeordnete

Erläuterungen

Sitzung: öffentlich Vorlage: 0229/2021

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gem. § 5 GeschO betr. "Aufbau eines Mehrwegsystems für eine nachhaltige Kreis(-lauf)wirtschaft"

Beratungsfolge:	
18.11.2021	Ausschuss für Umwelt, Klima, Verkehr und Strukturwandel

Es wird auf den der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klima, Verkehr und Strukturwandel am 18.11.2021 als Anlage beigefügten Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 04.11.2021 verwiesen.

TOP Ö 5

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN im Kreis Heinsberg

Kreistagsfraktion
Valkenburger Straße 45
52525 Heinsberg
Tel. 02452/131730
Fax 02452/131735

Gruene-Fraktion@Kreis-Heinsberg.de
www.gruene-kv-heinsberg.de

An den Vorsitzenden
des Ausschusses für
Umwelt, Klima, Verkehr
und Strukturwandel
Herrn Franz-Michael Jansen
An der Vogelstange 7
52511 Geilenkirchen

4.11.2021

Fraktionen im Kreistag z. K.

Antrag nach § 10 GeschO zur Beratung im Umweltausschuss
Aufbau eines Mehrwegsystems für eine nachhaltige Kreis(-lauf)wirtschaft

Sehr geehrter Herr Jansen,

Essen und Getränke “to go” erfreuen sich schon lange großer Beliebtheit. Im pandemiebedingten Lockdown griffen Gastronomiebetriebe verstärkt auf Einwegverpackungen zurück, um überhaupt noch verkaufen zu können.
Einwegverpackungen verursachen jedoch eine Reihe großer und kaum lösbarer Probleme für Mensch und Umwelt. Herstellung und Benutzung von Einwegverpackungen sind mit großem Energie- und Ressourcenverbrauch verbunden. Sie verschmutzen als Müll Städte und Natur, tragen Schadstoffe in die Umwelt ein und reichern sich als Plastikpartikel in der Nahrungskette an etc.
Zwar wird diesem Problem durch den Gesetzgeber endlich Rechnung getragen, indem z.B. EU-weit Einwegbesteck aus Plastik verboten und ab 2023 Gastronomiebetriebe zum Angebot von Mehrwegverpackungen verpflichtet werden.
Es fehlen jedoch flächendeckend vorhandene Mehrwegsysteme, auf die die Betriebe zurückgreifen können, und hiermit verbundene praktische Erfahrungen, die für einen reibungslosen Einsatz im Alltag unabdingbar sind.

Mit der Einführung eines Mehrwegsystems des Kantinenbetreibers „Dein Werk“ in der Kreiskantine ist ein erster Schritt gemacht. Mit Unterstützung der WfG könnten weitere Gastronomiebetriebe überzeugt werden. Nicht nur die Kunden, sondern viele Gastronomiebetriebe, insbesondere kleine Imbisse, würden von einem bereits erprobten und einheitlichen System im gesamten Kreis profitieren.
In anderen Kreisen wie z. B. dem Hohenlohekreis wurde bereits durch die Unterstützung und die Koordination der Kreisverwaltung ein Mehrwegsystem erfolgreich eingeführt.

Damit die Betriebe im Kreis Heinsberg für die Umstellung 2023 gerüstet sind, auch vom Gesetz ausgenommene Betriebe einen Anreiz zum Mitmachen haben und der Kreis Heinsberg schon vor 2023 einen Schritt Richtung mehr Nachhaltigkeit unternimmt, stellt unsere Fraktion daher den folgenden Antrag:

Der Kreis Heinsberg ergreift geeignete Maßnahmen, um den Aufbau eines Mehrwegsystems für Speisen, Getränke und Lebensmittel im Kreis Heinsberg oder darüber hinaus zu unterstützen und geht zu diesem Zweck u.a. initiativ auf alle in Frage kommenden Akteure wie Handel, Gastronomiebetriebe, WFG etc. zu.

Mit freundlichen Grüßen

J. v. d. Dolder

Ulrich Horst

Jörg van den Dolder
Fraktionsvorsitzender

Ulrich Horst
Kreistagsabgeordneter

Erläuterungen

Sitzung: öffentlich Vorlage: 0230/2021

Antrag der SPD-Fraktion gem. § 5 GeschO betr. "Wasserversorgung im Kreis Heinsberg"

Beratungsfolge:	
18.11.2021	Ausschuss für Umwelt, Klima, Verkehr und Strukturwandel

Es wird auf den der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klima, Verkehr und Strukturwandel am 18.11.2021 als Anlage beigefügten Antrag der SPD-Fraktion vom 04.11.2021 verwiesen.

TOP Ö 6

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
Fraktion im Kreistag Heinsberg

SPD-Kreistagsfraktion Valkenburger Str. 45 52525 Heinsberg

SPD-Fraktion im Kreistag
Heinsberg
Valkenburger Str. 45
52525 Heinsberg

Fon: (02452) 13-1720
Fax: (02452) 13-1725
spd-fraktion@kreis-heinsberg.de
www.spd-kreis-heinsberg.de

An den Vorsitzenden des Ausschusses für
Umwelt, Klima, Verkehr und Strukturwandel
Herrn Franz-Michael Jansen
An der Vogelstange 7
52511 Geilenkirchen

Heinsberg, den 04.11.2021

Antrag gemäß § 5 der GeschO zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klima, Verkehr und Strukturwandel am 18. November 2021

Sehr geehrter Herr Jansen,
unter Punkt 5.1 der Tagesordnung der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klima, Verkehr und Strukturwandel wurde die Anfrage der SPD zur Wasserversorgung des Kreises Heinsberg aufgerufen. Die Antworten wurden in der Sitzung nicht vorgetragen, sondern dem Protokoll beigefügt.

Für die SPD-Fraktion ergeben sich anhand der Antworten zwei Punkte in denen es für den Kreis einen dringenden Klärungs- und Nachholbedarf gibt.

1. In Frage 1 ging es grundsätzlich um die ausreichende Versorgung der Bevölkerung des Kreises mit sauberem Trinkwasser. Aus ihrer Antwort geht hervor, dass es in den letzten Jahren durch die immer trockener werdenden Sommer, in Spitzenzeiten, bei allen 5 Versorgern zu Vollauslast gekommen ist.

Hier besteht nach Auffassung der SPD-Fraktion dringender Handlungsbedarf. Hinzu kommen die ambitionierten Pläne im geplanten Industriegebiet Baal/ Lindern, wodurch die Versorgungssituation nochmals verschärft werden wird.

Eine sichere Wasserversorgung wird in Zukunft zu einem immer größer werdenden Standortvorteil.

2. In Frage 3 ging es um die Vernetzung und die Ausgleichsmöglichkeiten der 5 Wasserversorger untereinander. Ihre Antwort hierauf zeigt uns, dass es hier noch keine ausreichenden Strukturen gibt, um einen Wasseraustausch, bei einem Wasserengpass in einem der 5 Werke, auffangen zu können. Sie schreiben weiter *„Um dies zu gewährleisten, müssten die Wasserversorger im Kreis Heinsberg Ihre Förder- und Aufbereitungs- und Speicherkapazitäten erweitern. Außerdem müssen großdimensionierte Transportleitungssysteme in die benachbarten Versorgungsgebiete verlegt werden."*

Aufgrund der oben beschrieben Gefahren stellt die SPD-Fraktion folgenden Antrag:

1. Der Kreis gibt eine Studie in Auftrag, aus der der zukünftige Wasserverbrauch im Kreis Heinsberg für die nächsten Jahrzehnte hervorgeht. Berücksichtigt werden soll der durch die Klimaveränderung entstehende Mehrverbrauch sowie etwaige Reservekapazitäten für anstehende Industrieprojekte.
Die Studie stellt den Finanzbedarf fest, um die dafür nötigen Förder- Aufbereitungs- und Speicherkapazitäten herzustellen.
Aus der Studie soll weiter hervorgehen, welche Finanzmittel für eine Vernetzung der 5 Wasserversorger im Kreis benötigt werden.

2. Anhand der Ergebnisse aus dieser Studie bespricht der Kreis Heinsberg, federführend, zusammen mit den 5 Wasserwerken, das nötige weitere Vorgehen sowie die stufenweise Umsetzung der nötigen Maßnahmen.

3. Die Verwaltung soll feststellen, inwieweit Fördermittel aus den Ministerien in Bund und Land für diese Maßnahmen zu Verfügung stehen. Sowohl für das Erstellen der Studie als auch für die spätere Umsetzung.

Wasser ist eines unserer höchsten Güter die es zu Schützen und zu Sichern gilt.

Wir sollten als verantwortlicher Kreis nicht warten bis das sprichwörtliche „Kind in den Brunnen gefallen ist".

Mit freundlichen Grüßen

Ralf Derichs
- Fraktionsvorsitzender-

Willi Peters
- Kreistagsmitglied -